

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses

Tobias Endler

Demokratie und Streit

Der Diskurs der Progressiven in den USA:
Vorbild für Deutschland?

HERBERT VON HALEM VERLAG

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Tobias Endler

Demokratie und Streit.

Der Diskurs der Progressiven in den USA: Vorbild für Deutschland?

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 10

Köln: Halem, 2022

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

<http://www.halem-verlag.de>

© Copyright Herbert von Halem Verlag 2022

Print: ISBN 978-3-86962-645-1

E-Book (PDF): ISBN 978-3-86962-646-8

E-Book (EPUB): ISBN 978-3-86962-647-5

ISSN 2699-5832

UMSCHLAGGESTALTUNG: Claudia Ott, Düsseldorf

UMSCHLAGFOTO: Bearbeitung unter Verwendung von: Kerwin Elias/unsplash

FRONTISPIZ: *The Last of the Spirits*, 1843 (picture alliance / Mary Evans Picture Library)

LEKTORAT: Rabea Wolf

SATZ: Herbert von Halem Verlag

DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg

Copyright Lexicon © 1992 by The Enschedé Font Foundry.

Lexicon ® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Inhaltsverzeichnis

TEIL I

ZEITENWENDE.

WARUM DEMOKRATISCHER STREIT WICHTIG IST – UND WAS IM WESTEN AUF DEM SPIEL STEHT	11
--	----

TEIL II

NEUE BRÜCKEN ÜBER DEN ATLANTIK.

PROGRESSIVER DISKURS IN DEN USA UND BEI UNS	59
---	----

1. Ein Blick zurück und ein Blick nach Westen.
Amerikanischer Progressivismus als Inspiration 61
2. Populismus hat viele Gesichter 72
3. Out of the box: Linkes Denken in den USA 88
4. Bürger als Demokraten.
Die engagierte Zivilgesellschaft 101
5. Denker und Macher.
Institutionen und der öffentliche Diskurs 113

6. Der Stärkere gewinnt ...? Der mediale öffentliche Diskurs	125
7. Rund um den Elfenbeinturm. Wie Public Intellectuals neue Ideen in den Diskurs bringen	154
8. Copy-and-paste ist keine Lösung. Wie lässt sich der US-Diskurs für Deutschland nutzen?	167
TEIL III BÄUME PFLANZEN. PROGRESSIVER DISKURS IN DER PRAXIS: RISIKEN UND CHANCEN	175
Literatur	198

»In real life, I assure you,
there is no such thing as algebra.«
Fran Lebowitz

»I am not an optimist.
I'm a very serious possibilist.«
Hans Rosling

TEIL I
ZEITENWENDE.
WARUM DEMOKRATISCHER STREIT WICHTIG IST –
UND WAS IM WESTEN AUF DEM SPIEL STEHT

In Charles Dickens' *Weihnachtsgeschichte* erlebt der chronisch schlecht gelaunte Geizhals Ebenezer Scrooge ein Weihnachtsfest, das er nie mehr vergessen wird. Drei Nächte nacheinander erhält er in seinem Londoner Zuhause Besuch von Gespenstern. Die ungebetenen Besucher sind »der Geist der vergangenen Weihnacht«, »der Geist der diesjährigen Weihnacht« und »der Geist der zukünftigen Weihnacht«.¹ Jeder von ihnen nimmt den alten Ebenezer mit auf eine nächtliche Reise. Zunächst geht es mit dem *Ghost of Christmas Past* zurück in seine Kindheit und Jugend. Ebenezer taucht noch einmal in seine Schul- und Lehrzeit ein und trifft auch seine Jugendliebe Belle wieder, die ihn einst verließ, weil er sie und alle anderen Menschen wegen seiner Geldgier völlig aus den Augen verloren hatte.

1 Alle im Buch angeführten Zitate entweder aus deutschsprachigen Quellen oder meine Übersetzungen aus dem Original, sofern nicht anders angegeben. Für eine Auswahl zur verwandten Literatur, siehe den Anhang am Ende dieses Buches. Ich verwende zudem im Buch aus Gründen der Lesbarkeit die männliche Form, meine aber stets – falls nicht anders angegeben – nicht nur das männliche Geschlecht.

Während Ebenezer noch voller Reue über die vergebenen Chancen diese Eindrücke verarbeitet, führt ihn der *Ghost of Christmas Present* in der zweiten Nacht durch das London der Gegenwart. Überall sind Festlichkeiten im Gange, es geht zunächst fröhlich zu und Ebenezer wähnt sich im Glück. Doch gegen Ende der Fahrt macht er die Bekanntschaft der beiden halbverhungerten Kinder Unwissenheit und Not und ihm wird klar, wieviel Elend sich gleich unter der glitzernden Oberfläche der Welt verbirgt. In der dritten Nacht schließlich ist Ebenzers Begleiter der *Ghost of Christmas Yet to Come*. Dieser führt ihm auf drastische Weise eine zukünftige Welt vor Augen, von der Ebenezer erst spät begreift, dass sie sein eigenes restliches Leben bis zum Grab darstellt. Der Schock darüber, dass seine Mitmenschen über seinen Tod geradezu erleichtert sind und sich allenfalls für seine Reichtümer, nicht aber für ihn interessieren, sitzt tief. Ebenezer bittet den unheimlichen Besucher aus der Zukunft verzweifelt um eine zweite Chance. Er will sein Leben ab sofort ändern, um einen anderen Verlauf der Dinge möglich zu machen. Und tatsächlich bekommt er diese Chance. Fortan arbeitet er jeden Tag daran, sich und die Welt ein Stück zu verbessern – und bewirkt damit genau das.

Es ist leicht, Dickens' Erzählung als Kindergeschichte abzutun, dabei war sie nie für Kinder gedacht. Sie ist eine Warnung, die der berühmte englische Autor an die Gesellschaft seiner Zeit richtete: Wisst das Erreichte wertzuschätzen und dabei realistisch einzuordnen, lernt aus den Fehlern der Vergangenheit, und arbeitet jeden Tag an der bestmöglichen Zukunft. »Die Wege der Menschen deuten ein bestimmtes Ende voraus, auf das sie hinführen, wenn man auf ihnen beharrt. Aber wenn man von den Wegen abweicht, ändert sich auch das Ende«, erkennt Ebenezer in Dickens' Text von 1843, und ohne Zweifel ist diese Erkenntnis auch beinahe 180 Jahre später noch wertvoll. Sie trifft zu, wenn man im Allgemeinen den Zustand moderner Gesellschaften, insbesondere in Deutschland und den USA, betrachtet. Und sie ist

ein wertvoller Ratschlag, wenn man im Besonderen den öffentlichen Diskurs in diesen Gesellschaften in den Blick nimmt. Fraglos durchleben wir in den westlichen Demokratien der 2020er-Jahre eine Zeitenwende. Es liegt an uns, ob wir diese entscheidende Phase selbst gestalten oder uns in das Schicksal fügen, das die Feinde der Demokratie im Inneren wie Äußeren ihr zuge-dacht haben. Die Form, welche der öffentliche Diskurs in der Demokratie einnimmt, ist hierfür von entscheidender Bedeutung. Idealerweise reflektiert diese Form hierzulande das enorme Potenzial transatlantischer Inspiration. Gleichzeitig – und das ist möglich – kann sie ihre ganz spezifische Textur ausprägen, von der wir in Deutschland maximal profitieren. Eine große Chance, die allerdings eines verlangt: sie jetzt zu ergreifen.

Warum das Buch jetzt?

Das Gesetz der Unvermeidlichkeit besagt, dass jede Handlung eine Konsequenz hat. Werfe ich eine Münze in die Luft, wird sie auf der Wappenseite oder Zahlseite landen. Wirke ich – im Rahmen meiner bescheidenen, aber realen Möglichkeiten – auf den öffentlichen Diskurs ein, hat dies einen Effekt. Tue ich es nicht, wird es jemand anderes an meiner Stelle tun. Bringen wir uns als Gemeinschaft jetzt nicht ein, jeder und jede auf seine und ihre Weise, entwickelt sich der Diskurs ohne unser Zutun fort.

Insofern gilt es das begrenzte Zeitfenster der Gelegenheit zu nutzen, das sich uns momentan bietet. Deutschland hat im Herbst 2021 eine neue Regierung gewählt. Die Ministerien sind besetzt, die großen innenpolitischen Linien abgesteckt, während die außenpolitischen im Rahmen der selbsterklärten ›Zeitenwende‹ neu gezogen werden (müssen). In den USA stehen im Spätherbst 2022 Zwischenwahlen an, dieser Zeitpunkt markiert zudem bereits die Halbzeit für Joe Bidens Präsidentschaft. Ab Jahresbeginn 2023 befindet sich Amerika erneut im Wahlkampf. Alle Blicke, inklusive

die des Amtsinhabers, richten sich dann auf die Präsidentschaftswahlen 2024. In der EU wird ebenfalls 2024 gewählt. Frankreich hat seine jüngste Wahl gerade hinter sich; bei den Briten kann man sich nie vor dem nächsten Urnengang sicher wöhnen. Deutschland hat also, Stand heute, ein Zeitfenster von maximal zwei Jahren zwischen Herbst 2022 und Herbst 2024, um sich über sein zeitgemäßes Selbstverständnis als Nation klarzuwerden. Darüber, wie wir als transparente, inklusive und vitale Demokratie leben wollen. Und damit über die Frage, wie wehrhaft wir sind, wie bereit, diesen freiheitlichen Lebens- und Gesellschaftsentwurf gegen Aggressionen von innen und außen zu verteidigen. Spätestens nach dieser Frist werden die Karten in der größten Demokratie der westlichen Hemisphäre, den USA, neu gemischt. Die dortigen Veränderungen wie die Entwicklungen bei unseren europäischen Nachbarn ringsherum werden sich auch bei uns auswirken. Zu diesem Zeitpunkt sollten wir die Findungsphase hinter uns gelassen haben. Und einen klaren Kompass dafür besitzen, was genau öffentlicher Diskurs für uns heute darstellt.

So lautete der Plan zum Jahresende 2021, basierend auf der Annahme, dass die Dinge im Großen und Ganzen ihren üblichen Verlauf nehmen würden. Doch Russlands Präsident Putin macht diesen Plan schon im Februar 2022 mit aller Brutalität zunichte, als er die Ukraine mit Krieg überzieht. Schneller und umfassender als wir erwartet hatten, zwingt uns sein autoritäres Regime, Position zu beziehen: das heißt, die eigene Rolle als Demokratie des Westens zu definieren, aber auch anderen zur Seite zu stehen. Es heißt ebenso sehr: sich der Stärken und Schwächen des öffentlichen Diskurses bei uns bewusst zu werden, dafür Sorge zu tragen, den Begriff ›Demokratie‹ mit neuem Leben zu füllen. Also mit der Sinnhaftigkeit elementarer Fragen zu unserem Selbstverständnis als moderne Nation im Herzen Europas, statt mit Scheindebatten, die Engagement suggerieren, letztlich aber nur Selbstbespiegelung sind.

Das Tempo der Geschehnisse hat sich scheinbar schlagartig erhöht. Tatsächlich haben wir uns allzu lange der Illusion einer Welt in Zeitlupe hingeegeben. Ehrlicher Weise hatten sich viele von uns bequem in der Annahme eingerichtet, dass die globale Lage der Dinge im Jetzt-Zustand verbleiben und daher nur mehr wenig unserer Aufmerksamkeit bedürfen würde. Und so hat Deutschland im Verlauf der letzten Jahre selbstbezogenen Befindlichkeitserörterungen übermäßigen Anteil eingeräumt. Darüber ist die Gefahr fundamentaler Angriffe auf die Demokratie aus dem Blick geraten; das hieß jedoch nie, dass der Kreml nicht gezielt an der Schwächung demokratischer Systeme weitergearbeitet hätte. Im Osten ist zudem in Gestalt von China eine Alternative entstanden, die auch Westler anzieht: in erster Linie, aber nicht nur, diejenigen, welche von einer wirtschaftlich erfolgreichen Existenz träumen und vor allem Politischen ihre Ruhe haben wollen.

Während die Brutalität des russischen Vorgehens erschreckend ist, sollten wir die Kompromisslosigkeit chinesischer Ambitionen keinesfalls unterschätzen. Moskau und Peking, wenn auch auf unterschiedliche Weise, legen es darauf an, das »Ende der Geschichte« umzuschreiben, um die triumphale Hegel'sche Formulierung aufzugreifen, die Francis Fukuyama Anfang der 1990er-Jahre vorschnell mit dem Sieg liberaler Demokratien verknüpft hatte. Dabei ist diese ideologische Schlacht um Vorherrschaft bis heute nicht entschieden; wir dürfen davor in Deutschland nicht die Augen verschließen. Unser Land nimmt sich zwischen den Giganten Russland, China und USA vergleichsweise klein aus, doch entscheidet sich der Machtkampf zwischen Demokratie und Autokratie eben gerade nicht nur militärisch. Es kommt entscheidend auf die innere Verfasstheit westlicher Demokratien an. Und damit auf die Frage, wie stabil, wie modern, wie originell und wie kreativ sich der öffentliche Diskurs in diesen Demokratien präsentiert, mit anderen Worten: wie gewappnet für die turbulenten 2020er-Jahre dieses Jahrhunderts.

Die Debatte über die deutsche Verantwortung und Gestaltungskraft in der Welt ist eine gesamtgesellschaftliche und damit ein zentraler Teil des öffentlichen Diskurses. Er geht uns alle an. Um hier und anderswo zu sinnhaften, allgemein akzeptablen Positionen zu kommen, ist eine demokratische Streitkultur vonnöten, die über das bisherige Level hinausgeht. Dann können die deutschen Bürger und ihre in Verantwortung gewählten Repräsentanten das erste Fünftel des 21. Jahrhunderts konsequent auf wichtige Lektionen hin untersuchen. Und, noch wichtiger: einen Plan für die anderen vier Fünftel entwerfen. Was hat sich bewährt, was sollten wir modifizieren oder gänzlich anders angehen? Welche Inspiration oder Abschreckung bedeuten Entwicklungen in anderen Demokratien des Westens, allen voran die USA, für uns? Ein konstruktiver öffentlicher Diskurs zu diesen Fragen macht uns zu aktiven Mitgestaltern. Wir sind dann nicht mehr länger ein passiver Empfänger oder gar nur Spielball der Ereignisse. Beide Rollen sind der Bedeutung Deutschlands im europäischen Kontext nicht angemessen, geschweige denn weltweit.

Verschieben wir die – zugegebenermaßen anstrengende – Restaurierung des öffentlichen Diskurses, könnte das gesamte Gebäude einer (nicht einmal mehr vermeintlich so) starken Demokratie in sich zusammenfallen. Zumindest fände sich wohl früher oder später jemand, der ähnlich wie Trump in den USA ernsthaften Schaden an den Grundfesten anrichten kann. Und zwar von innen. Dort, wo es in der wohlhabendsten Industrienation und ältesten Demokratie der Welt niemand wirklich erwartet hätte. Womöglich droht hier auch in Deutschland die größere Gefahr, sind Putin und Xi Jinping doch immerhin als Feinde der Demokratie ›von außen‹ für uns leicht zuzuordnen. In Deutschland hat es bisher kein erklärter Antipolitiker und Demokratiefeind an die Spitze geschafft. Nicht weil dies bei uns unvorstellbar wäre, sondern auch weil wir angesichts des bis 2016

Unvorstellbaren in den USA wachsender geworden sind. Es gibt also einen unverkennbaren Handlungsdruck. Allerdings dürfen wir bloße Effizienz nicht mit echter Effektivität verwechseln: Im Ferrari kann ich auf freier Autobahn sehr viel Strecke in kürzester Zeit zurücklegen; wenn mein Ziel dabei Berlin ist, ich aber in Richtung Freiburg fahre, tue ich mir keinen Gefallen.

Die russische Invasion der Ukraine konfrontiert ganz Europa mit dem Schock eines globalpolitischen Erdbebens. Sogar traditionell auf Mäßigung bedachte hiesige Spitzenpolitiker sprechen plötzlich von einer ›Zeitenwende‹ in der deutschen Außenpolitik, die nun anstehe. Das klingt nach Initiative, doch faktisch sind wir angesichts des russischen Auftretens Getriebene in Sachen Identitätsfindung. (Hiervon legen die beiden offenen Briefe in der *Emma* und der *Zeit* im Mai 2022 Zeugnis ab.) Das wäre vermeidbar gewesen, wären wir im öffentlichen Diskurs der Nation früher ehrlich gegenüber uns selbst gewesen, was Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts betrifft. Fairerweise muss man an dieser Stelle anmerken, dass die Nation im Verlauf des letzten Jahrzehnts mit zahlreichen innenpolitischen, genauer: innergesellschaftlichen Herausforderungen beschäftigt war. Nicht immer blieb der nötige Reflexionsraum für globalpolitische Fragestellungen. Beispielsweise hat Deutschland viel gedankliche Kraft auf den Aufstieg der AfD innerhalb weniger Jahre von einer verwirrten Gruppe politischer Außenseiter zur zwischenzeitlich größten Oppositionspartei im deutschen Bundestag verwandt: Wie konnte eine Allianz aus Rechtskonservativen und offen rechtsradikalen Demokratiefeinden innerhalb eines demokratischen Systems dermaßen Bedeutung erlangen? Schon zuvor hatte sich, wie überall im Westen, eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft, die immer auch mit einer Entfremdung von den politischen Eliten einhergeht, bemerkbar gemacht. Bis heute ist diese Herausforderung für die deutsche Demokratie keinesfalls abgeschlossen. Auch bei Fragen nach der inneren Ver-

fasstheit Deutschlands gilt daher unbedingt: Die Qualität des öffentlichen Diskurses beeinflusst unmittelbar die Qualität der Demokratie, die wir leben – und umgekehrt.

Was will das Buch?

Angesichts derartiger Herausforderungen im Innen- wie Außenpolitischen ist es wahrlich nicht leicht, einen kühlen Kopf zu bewahren. Der Handlungsdruck ist enorm, vermeintlich zu hoch, um einen Schritt zurückzutreten. Und sich mit dem Wesen des Diskurses zu befassen. ›Was‹ zu tun ist, diese Frage klingt so elementar, dass die Beschäftigung mit dem ›Wie‹ als Zeitverschwendung erscheint. Schon in Zeiten, in denen wir es nicht mit Krieg in der europäischen Nachbarschaft und gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzungen zu Hause zu tun haben, ist das Nachdenken über die Farbe, den Charakter und die für uns beste Kontur öffentlicher Debatte komplex.

Hinzu kommt, dass wir alle müde sind. Rund zweieinhalb Jahre befinden wir uns bereits im Ausnahmezustand einer Pandemie, die wir nicht haben kommen und noch immer nicht gehen sehen. Corona hat Menschenleben gekostet und Existenzen vernichtet. Es hat Spannungen an der Oberfläche sichtbar werden lassen, die sich lange Zeit nur knapp darunter aufgestaut hatten. Die vielerorts zitierte Spaltung der Gesellschaft war über einen trügerisch langen Zeitraum hinweg für viele von uns doch eher ein Begriff als gelebte Realität, ein soziologisch interessantes Phänomen. In jüngerer Vergangenheit und unter dem Brennglas der Pandemie jedoch zeigt sich schonungslos das harte Gesicht einer Gesellschaft, die in großen Teilen von Erschöpfung gezeichnet ist. Eine Gesellschaft, in der gleichzeitig materielle Ungleichheit, und damit einhergehend Gestaltungsmacht und Privilegien für wenige, die weit über die der meisten anderen hinausgehen, zu einem Strukturmerkmal geworden sind.

Möglicherweise tragen diese Entwicklungen dazu bei, dass manche im Deutschland der 2020er-Jahre bereits eine unglückselige Parallele zu den 1920er-Jahren erkennen. Bei genauerer Betrachtung ist die Rede von der Spaltung der Gesellschaft ungenau; wir haben es mit einem Kampf um Deutungshoheit zu tun. Explizit besteht dabei der Anspruch des Stärkeren darin, seine Sicht der Dinge dem Schwächeren aufzuzwingen. Hierin liegt nochmals eine andere Qualität als in der vielzitierten Polarisierung, die Gräben aufreißt, über die hinweg keine Verständigung mehr möglich ist. Somit sehen wir uns im öffentlichen Diskurs einem doppelten Risiko ausgesetzt: Zum einen sind viele derzeit nicht – oder nicht mehr – bereit, sich einzubringen. Entweder, weil es ihnen neben der Bewältigung der persönlichen Existenz an Kraft fehlt, oder weil sie gegenüber gesellschaftspolitischen Themen zwischen Lethargie und Zynismus schwanken, nicht an den eigenen Einfluss glauben (können). Zum anderen laufen wir Gefahr, den öffentlichen Diskurs über Gebühr zu beanspruchen. Im Klima nervöser Aufbruchstimmung, dem Gefühl, »etwas tun zu müssen«, verfallen manche in Aktionismus und eine teils irritierende Dogmatik. Hiervon werden wiederum andere nicht motiviert, sondern verschreckt. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, die durchaus vorhandene Resilienz öffentlicher Debatte zu überlasten, mehr kaputtzumachen als neu aufzubauen, wobei letzteres doch dringend Not täte.

An erster Stelle sollte daher eine (selbst-)kritische Reflexion des gegenwärtigen Diskurses stehen. So lernen wir uns selbst besser zu verstehen – das ist keine Plattitüde, sondern Grundvoraussetzung dafür, dass Individuen eine gemeinschaftliche Identität als moderne Demokratie aushandeln können. Wege, die hierzu zu beschreiten wären, gibt es so viele wie Stimmen im Diskurs. Doch sind nicht alle Wege gleich vielversprechend, und längst nicht alle an der Wirklichkeit erprobt. Ich plädiere daher dafür, eine ganz bestimmte aktuelle Ausprägung des öffentlichen Diskurses in den Blick zu

nehmen, *den progressiven öffentlichen Diskurs der jüngeren Generation in den USA*. Dieser Diskurs ist dem unsrigen ca. fünf bis sechs Jahre voraus. Er ist in Ausrichtung, Inhalt und Textur dennoch ähnlich genug, dass sich das Beste hiervon in modifizierter Form auf hiesige Verhältnisse übertragen lässt. Gleichzeitig ist der US-Diskurs von unserem verschieden genug, dass er als wirkmächtiger Impuls, als Inspiration (und es sei in Form von Provokation) wirken kann. Wer wollte sich eine solche Chance entgehen lassen?

Ich verfolge mit diesem Buch somit zwei Ziele: Zunächst möchte ich dazu beitragen, dass wir im öffentlichen Diskurs in Deutschland einen bestimmten Weg nicht weiterverfolgen, auf dem derzeit ein wachsender Anteil der Bevölkerung unterwegs ist. Auf diesem Weg besteht die reale Gefahr, in einer Form des Diskurses zu enden, die ich den ›Hulk-Diskurs‹ nenne, in Anlehnung an die Kult-Comic-Hefte aus dem Hause Marvel. Der Hulk ist das Alter Ego von Bruce Banner, einem vergeistigten Wissenschaftler ohne Sozialleben, der Tag für Tag im Labor seiner Forschung nachgeht. Bei einem Unfall wird Banner starker Strahlung ausgesetzt – und verwandelt sich fortan bei der kleinsten Irritation in ein grünes Monster, das ausschließlich wutgesteuert ist. Dann zerstört der ›Hulk‹ mit seiner riesigen Kraft alles und jeden in Reichweite. Niemand kann mehr zu ihm durchdringen, bis der Anfall abklingt.

Ohne Frage hat sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts der öffentliche Diskurs in Deutschland grundlegend verändert, und dies aus plausiblen, allerdings deshalb nicht weniger gefährlichen Gründen. Die (unglücklich) so bezeichnete ›Flüchtlingskrise‹ 2015 und ihre Folgen, der Einzug der AfD in den Bundestag 2017, die Corona-Pandemie ab März 2020, das wieder aufgeflammete Reizthema Identitätspolitik: nur einige Beispiele dafür, wie labil, explosiv und oftmals destruktiv der öffentliche Diskurs geworden ist. Die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt weisen in ihrem 2018 erschienenen Buch *How Demo-*

cracies Die eindringlich darauf hin, wie kritisch es um die Demokratie bestellt ist, sobald sich Gegner im Diskurs gegenseitig als »existenzielle Bedrohung [...] für die vorherrschende Lebensart« diffamieren (LEVITSKY/ZIBLATT 2018: 23) und damit die Legitimität absprechen. Für jede wirklich vitale Zivilgesellschaft seien »informelle Regeln, die [...] allseits bekannt und respektiert« würden, elementar (ebd.: 100). Die US-Amerikaner Levitsky und Ziblatt sehen dies in ihrem Heimatland über große Teile des 20. Jahrhunderts verwirklicht, sicherlich eine patriotisch eingefärbte Idealisierung. Und doch liegen sie mit ihrer Einschätzung richtig, dass bis zur Wahl von Donald Trump 2016 Politik oftmals als Wettstreit begriffen wurde, bei dem mal der eine, mal der andere gewinnt. Gegner sind nicht automatisch Feinde, die vernichtet werden müssen. Seit Trumps Zeit im Amt hingegen sei dieses Ideal »in Auflösung« begriffen (ebd.: 145) – unberührt, so ist mittlerweile zu ergänzen, von Joe Bidens glaubhaften aber oftmals hilflosen Ambitionen, dagegen vorzugehen. Es ist dies eine Diagnose, die sich mindestens so hart auch für Deutschland stellen lässt, und dies nicht erst im Verlauf der letzten Jahre, die ganz im Zeichen der Covid-Pandemie stehen und die Gesellschaft mehrfach an ihre Belastungsgrenze gebracht haben. Der ›Hulk-Diskurs‹ reißt immer öfter sämtliche Schutzplanken – allen voran gegenseitige Toleranz – komplett ein; genau jene Schutzplanken also, die Levitsky und Ziblatt für die Demokratie und den öffentlichen Diskurs für unabdingbar halten.

Der Hulk ist eine Comicfigur, ein Produkt der Fantasie. Aber die Gefahr, komplett in den Hulk-Diskurs abzurutschen, wenn wir den bisher beschrittenen Weg weitergehen, ist real. Dabei geht es weniger um Beruhigung als um die Ausbalancierung der öffentlichen Auseinandersetzung. Warum sollten wir die Energie generell herunterdimmen wollen? Wut über Ungerechtigkeiten, Versäumnisse und Fehler einer Gesellschaft hat durchaus ihre Berechtigung. Sie kann große konstruktive Kraft entfalten. Allerdings ist

Wut in ihrer aggressiven, ungerichteten Form destruktiv. Wenn sich bei vielen bezüglich gesellschaftspolitischer Fragen dauerhaft Lethargie breitmacht und eine Minderheit wild um sich schlagender Diskurs-Hulks ohne jede Impulskontrolle ihre Agenda durchpeitscht, ist für die Gesellschaft als Ganzes wenig gewonnen. Aus diesem Grund möchte ich mit diesem Buch zweitens aufzeigen, wie ein alternativer diskursiver Weg aussehen kann. Ein Weg, der uns dorthin führt, wo wir als Gesellschaft wachsen können.

An dieser Stelle könnte man einwenden, dass sich der öffentliche Diskurs derzeit sehr vital und dynamisch präsentiert. Das stimmt, und ist doch nicht das ganze Bild. Eine hochpolitisierte Gruppe lauter Diskursgestalter tritt seit einigen Jahren vorzugsweise in den Foren der sozialen Medien auf. Man verortet sich klar links, wobei die Überzeugtheit von der eigenen Positionierung in der Regel höher ist als die Informiertheit bezüglich klassisch linksliberaler Positionen. Mit erstaunlichem Selbstbewusstsein, ebenso ausgeprägtem Sendungsbewusstsein und oftmals moralischer Rigidität treiben die (selbstdeklarierten) ›PoMos‹ den Diskurs zu Gender-, Queer-, Postcolonial-, Critical Race- oder auch Fat-Studies voran. Als ›Postmoderne‹ möchten sie wachsam, ›woke‹, sein, was die Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen der modernen Mehrheitsgesellschaft gegenüber bestimmten Minderheiten angeht. Doch schon der Begriff ›woke‹ macht überdeutlich, wie komplex, ja verfahren, die Situation mittlerweile ist. Hannes Soltau weist zu Recht darauf hin, dass ›woke‹, einst »Selbstbezeichnung für politische Wachsamkeit«, heute gleichzeitig »Modewort der Stunde« und »konservative(r) Kampfbegriff« geworden ist.

Minderheiten zu ihrem Recht zu verhelfen, ist aller Ehren wert und höchste Zeit. Der Weg, der hierzu eingeschlagen wird, allerdings häufig problematisch. Denn die PoMos führen ein strenges Regiment, was den Zugang zu den Debattenforen im Netz angeht, und überhaupt das Recht, mitmischen zu dürfen. Viele von ihnen handeln aus einer Mangelserfahrung der Vergangen-